

Die Grünen – Alternative Liste Graz
Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus

Telefon 0316 / 872-2163
Telefax 0316 / 872-2169
gruene.klub@stadt.graz.at
www.graz.gruene.at

Dringlicher Antrag

der Grünen-ALG

eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 28.02.2013

von

GRⁱⁿ Mag.^a Astrid Polz-Watzenig

Betrifft: Konzert der Deutschrockband „frei.wild“ in der Grazer Stadthalle. Klare Distanzierung des Gemeinderates der Stadt Graz

Für 10. Mai ist ein Konzert der Deutschrockband „frei.wild“ in der Grazer Stadthalle angekündigt. Die Gruppe, die aus Südtirol stammt, wird von Politikwissenschaftlern und JournalistInnen als rechtsradikal eingestuft und vertritt in ihren Liedtexten ultranationalistische Inhalte, die zwar nicht offen rechtsextrem oder neo-nazistisch sind, jedoch ständig die Gefahr des „völkischen“ Erbes herauf beschwören und Einwanderung als Überfremdung diffamieren. Viele der Liedtexte nehmen Anleihe bei Wortlauten, die auch auf deutschen NPD-Demos zu hören sind, wie z.B. „Wann hört ihr auf, eure Heimat zu hassen/Wenn ihr euch ihrer schämt, dann könnt ihr sie doch verlassen“ (aus „Wahre Werte“).

Die Liedtexte knüpfen auch in ihrer Gewaltverherrlichung an rechtsradikale Diskurse an, beispielsweise in dieser Form: „Wir haben’s getan, wir haben’s gemacht, wir haben Leute verdroschen; über die Folgen nicht nachgedacht, wir haben die Straßen der Stadt für uns in Anspruch genommen; keine Gefangenen gemacht, wir haben gesoffen und geboxt, standen oft vorm Richter; keine Reue, haben darüber nur gelacht.“ (aus Feinde Deiner Feinde)

Frei.wild selbst versucht immer wieder, sich als unpolitische Band zu inszenieren, doch ihre Texte, ihre Selbstdarstellung und auch die Unterstützung, die sie erhält, belegen das Gegenteil. So bewirbt beispielsweise der NPD-Funktionär Patrick Schröder die Band und hält fest: „Wir haben aus dieser Band die Möglichkeit, noch im extremeren Maße zu profitieren, als früher durch die Böhsen Onkelz.“ Auch in Naziforen im Internet wird die Band mit Lob überhäuft.

Der Leadsänger von frei.wild, Philip Burger, war, bevor er frei.wild gründete, Mitglied der Neo-Nazi-Band Kaiserjäger, die sich auflöste, nachdem es bei einem ihrer Konzerte zu einer Massenschlägerei zwischen italienischen und Südtiroler Neonazis gekommen war. Die Distanzierung von der Neo-Nazi-Szene erfolgt durch frei.wild, so RechtsextremismusexpertInnen, nur dann, wenn diese unumgänglich ist.

Die Diskussion zu Gruppen wie frei.wild, die unter dem Deckmantel von „Identitätsrock“ extrem nationalistisches und minderheitenfeindliches Gedankengut verbreiten, ist in Deutschland seit längerem im Gange. Der Rückzug von Sponsoren sowie anderen Bands von Festivals, bei denen frei.wild angekündigt war, führten zum Teil schon zu Konzertabsagen.

Natürlich sind nicht alle Fans der Gruppe frei.wild der rechtsradikalen Szene zuzuordnen. Klar ist aber, dass gerade von solchen Gruppen, die ihre wahre Weltanschauung hinter Begriffen wie Heimatliebe verstecken, ultranationalistisches und gewaltverherrlichendes Gedankengut in der Mitte der Gesellschaft verankert wird.

In Österreich wurde dem Thema bislang kaum öffentliche Beachtung geschenkt, mit dem im Mai angesetzten Konzert in der Stadthalle in Graz ist eine Auseinandersetzung mit dieser Band, mit ihren Inhalten und ihrer Brückenfunktion zur rechtsradikalen Szene jedoch dringend erforderlich, gerade in der Menschenrechtsstadt Graz. Diese Diskussion soll und muss auch im Grazer Gemeinderat geführt werden.

Für uns Grüne ist es eindeutig, dass die Menschenrechtsstadt Graz einer Band wie frei.wild keine Bühne bieten darf. Aber auch über Maßnahmen, die einen kritischen Diskurs zu diesen neuen, dem rechtsradikalen Lager nahestehenden Gruppen fördern und ihre Gefahren gerade für junge Menschen thematisieren, muss nachgedacht werden.

Im Sinne des Motivenberichtes stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

Dringlichen Antrag

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz distanziert sich klar vom geplanten Konzert der Gruppe „frei.wild“ in der Grazer Stadthalle am 10. Mai 2013. Die Menschenrechtsstadt Graz darf keine Bühne dafür bieten, dass ultranationalistisches und gewaltverherrlichendes Gedankengut durch die Hintertür unter junge Menschen gebracht wird.
2. Die Magistratsdirektion wird ersucht, bis Mai 2013 Kriterien zu definieren und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen, die im Sinne einer Qualitätssicherung klare Richtlinien beinhalten, um rechtsradikale Veranstaltungen an städtischen Veranstaltungsorten zu verunmöglichen.
3. Der Menschenrechtsbeirat wird ersucht, in Kooperation mit Politik und Jugendorganisationen einen Diskurs zu den neuen rechtsradikalen Bewegungen zu initiieren.